Interviews

Datum: 15. November 2026

Katharina Hamberger im Gespräch mit Julia Klöckner, Präsidentin des Deutschen Bundestages, CDU

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Hamberger: Das Interview der Woche mit Katharina Hamberger und ich begrüße hier im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks die Präsidentin des Deutschen Bundestages und CDU-Politikerin Julia Klöckner, guten Tag.

Klöckner: Hallo, guten Tag.

Hamberger: Frau Klöckner, demnächst sind wahrscheinlich die protokollarische Nr. 1 und Nr. 2 im Staat zwei Frauen, mit Ihnen und Ilse Aigner, wenn sie denn als Bundespräsidentin gewählt wird. Was bedeutet das für Sie?

Klöckner: Das ist ein Zeichen für alle Frauen bei uns im Land, aber auch für die Männer, denn ein Stück Normalität tritt dann ein. Es ist ja schon – ich sage jetzt mal – skurril und verwunderlich, dass in all den Jahrzehnten, in denen es unsere Bundesrepublik Deutschland gibt und wo es keinen Mangel an Frauen gab und unsere Gesellschaft zur Hälfte aus Frauen besteht, dass dieses Amt noch nie von einer Frau bekleidet worden ist. Insofern ist das auch etwas, klingt groß, aber es ist was Historisches.

Hamberger: War das für Sie ein wichtiger Faktor, dass es eine Frau sein soll? Denn es gibt ja diejenigen, die sagen, das Geschlecht ist völlig egal, Hauptsache die Eignung ist da.

Klöckner: Ja, das hätte ich dann halt auch gerne die 70, 80 Jahre vorher auch gehört. Denn das hat man bei Männern halt nie gesagt. Auffällig wird es nur dann, wenn Frauen kandidieren. Dann auf einmal spielt die Qualifikation eine Rolle. Ja, natürlich spielt eine Qualifikation eine Rolle, aber bitte auch bei Männern. Insofern ging es ja gar nicht darum, dass man irgendeine Frau sucht, um die allerbesten Männer zu verhindern. Das war ja gar nicht die Ausgangslage. Und insofern sprechen wir sowieso davon, dass die Person, die dieses höchste Staatsamt bekleidet, natürlich geeignet ist. Und das heißt Erfahrung haben in Regierungspolitik, Erfahrung haben über verschiedene Ebenen der Gesellschaft hinweg. Die Persönlichkeit, auch bodenständig zu sein und dass die Bevölkerung das Gefühl hat, ja, es ist eine

Bürgerpräsidentin. Also es gibt ja verschiedenste Eigenschaften. Und warum sollte das nur ein Mann auf sich vereinen können?

Hamberger: Ilse Aigner hat sich ja vorgestellt, dass sie gesagt hat, sie will Brücken bauen. Sie haben jüngst auch in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung mal gesagt, „Demokratie ist auch ein Aufeinander zugehen“. Hätte Ilse Aigner bei ihrer Vorstellung in den Fraktionen auch zur AfD und zur Linkspartei gehen sollen?

Klöckner: Sehen Sie es mir bitte nach, da ich zum einen die Wahl, das heißt die Bundesversammlung leite und es auch noch weitere Kandidaten wahrscheinlich geben wird, dass ich mich jetzt nicht so dezidiert äußere. Und das zweite ist, es ziemt sich auch nicht, die Person, die ansteht, das höchste Amt innezuhaben, jetzt zu beurteilen, zu kritisieren oder einzuordnen. Was ja immer möglich ist, ist, dass man dann vor der Bundesversammlung zu den einzelnen Gruppen dann geht und dazu hat sie jetzt bis dato ja auch noch nichts gesagt.

Hamberger: Dann würde ich gern auf dieses Thema, das wir am Anfang auch hatten, zurückkommen, nämlich Frauen in der Politik. Es ist ein Thema, das Ihnen ja selbst auch sehr, sehr wichtig ist. Und man spricht ja davon, dass wenn Frauen in hohen Positionen sind, dass das auch eine Art Vorbildfunktion hat. Jetzt sind Sie Bundestagspräsidentin, Angela Merkel war lang Zeit Kanzlerin, Ursula von der Leyen steht an der Spitze der Europäischen Kommission. Wenn man aber jetzt in den Bundestag schaut, auch, wenn man in Ihre Partei schaut, dann ist ja der Anteil der Frauen nicht ganz so groß. Woran liegt das denn, dass da noch Luft nach oben ist?

Klöckner: Erst mal zur Beurteilung. Das würde ich gerne noch ein bisschen ausweiten. Wenn Frauen fehlen, haben wir eine ganz große Repräsentationslücke und dadurch auch eine Machtoptionslücke. Frauen sind nicht besser automatisch als Männer, aber umgekehrt auch nicht. Aber unsere Gesellschaft besteht zur Hälfte aus Frauen und es kommt auf verschiedene Perspektiven an, übrigens auch über die Zeitschiene hinweg, ob man vielleicht junge Mutter ist oder ob man einen Angehörigen pflegt oder ob man selbst im Beruf steht als Führungskraft. Und deshalb sind die Perspektiven auch von Frauen so wichtig. Und wenn wir darauf verzichten, verzichten wir auch auf ein Stück Realität und das macht Gesellschaft nicht besser. Das ist das eine. Das zweite ist, wir können noch so viele frauenpolitische Papiere verabschieden, die liegen in irgendwelchen Schubladen, liest sich prima, verändert nichts. Wir brauchen in Persona Frauen – Stichwort Role Models – die in der Selbstverständlichkeit auch jungen Frauen und Mädchen zeigen: logo geht das. Und das merken wir auch. Das merke ich bei mir zum Beispiel, in meiner Funktion, dass ganz viele junge Frauen nach einem Praktikum fragen bei mir und gar nicht so sehr darüber nachdenken, kann ich das oder nicht, sondern eine Frau macht das, also

interessiert mich das. Das ist was ganz, ganz Wichtiges. Und wenn Frauen fehlen, zu wenige Frauen da sind, sind sie weniger sichtbar, sind sie weniger Vorbild, sind sie weniger in Ausschüssen, sind sie weniger in Vorständen, sind sie weniger an den Entscheidungshebeln. Und warum ist das so bei uns im deutschen Parlament? Wir haben nur 32 Prozent Frauen. In den Landtagsparlamenten ist es noch etwas weniger. In den Kommunalparlamenten unter 30 Prozent. Und ich habe mal nachgeschaut unter den Bürgermeistern oder Bürgermeisterinnen sind nur etwa 15 Prozent Frauen, die eine Stadt führen oder ein Bürgermeisteramt innehaben. Das ist zu wenig. Und dann muss man fragen: Müssen sich die Frauen anpassen oder muss sich der Rahmen anpassen? Da bin ich mir sehr sicher, da müssen wir auch die Rahmenbedingungen ändern. Es hat viel damit zu tun – und das habe ich auch erlebt – welche Erzählungen von Kolleginnen, die sich zurückgezogen haben aus diesem öffentlichen politischen Leben, dass die Beurteilung von Frauen immer noch mal eine andere ist als bei Männern. Kritisiert werden müssen wir dürfen. Wenn das nicht der Fall wäre, dass eine Frau nicht kritisiert werden dürfte inhaltlich, dann wäre es auch keine Gleichberechtigung. Aber bei Frauen spielt ganz häufig das Äußere noch eine Rolle. Da kommen ganz andere abschätzige Bemerkungen noch, sexualisierte Bemerkungen. Wir merken, das Thema digitale Gewalt ist gegenüber Frauen ein ganz anderes. Und da ziehen sich eben ganz viele Frauen zurück.

Hamberger: Das ist ja was, was Sie auch im Bundestag erleben. Es gab vor Kurzem auch eine Sitzung, wo ein AfD-Abgeordneter eine linke Abgeordnete angegriffen hat. Sie haben das kommentiert mit „diese Übergriffigkeit und Respektlosigkeit“ – ich zitiere das jetzt – „lassen wir hier als Präsidium hier nicht gelten“. Dann gehen Sie auf den Anteil der Frauen im Parlament ein und sagen: „Wenn wir das ändern wollen – und ich gehe davon aus, das wollen alle ändern – dann müssten wir uns auch so verhalten, dass Frauen Lust auf diesen Beruf haben.“ Fruchtet das in irgendeiner Form, wenn Sie das so ansprechen?

Klöckner: Ja, hoffe ich schon. Es ist nur nicht per Knopfdruck dann zu ändern. Also man muss erst mal so etwas auch thematisieren. Das ist ganz wichtig. Also, wenn man das einfach nur so laufen lässt … also, nur mal ein Beispiel. Genau der Kollege, den ich da gerügt habe, der hatte jüngst eine Frau erst mal eingeordnet damit, dass sie keine Kinder hat. Es gibt ganz viele Männer, die keine Kinder haben, aber es spielt überhaupt keine Rolle bei einer politischen Debatte, die damit gar nichts zu tun hatte, aber erst mal der Frau diesen Stempel zu geben. Und das ist der gleiche, der über die Geschlechtsteile von Frauen gesprochen hat. Auch das ist übergriffig. Oder wenn Frauen betitelt werden, wenn Frauen als weinerlich dargestellt werden, auch das war jetzt jüngst wieder ein Thema. Das würde man zu einem Mann nicht sagen. Und deshalb lasse ich so was nicht durchgehen, wir alle im Präsidium nicht. Und

beim thematisieren sensibilisieren wir auch. Und das Sensibilisieren führt übrigens auch dazu, dass selbst in diesen extremen Reihen es Abgeordnete gibt, denen es dann auch peinlich ist, dass sie so einen Kollegen haben.

Hamberger: Wie kommunizieren Sie denn mit den Frauen im Bundestag? Denn man merkt ja, das ist ja nichts, was sich an einer Fraktion festmacht, sondern in dem Fall haben Sie die Kollegin von der Linkspartei verteidigt gegen jemanden von der AfD. Haben Sie da ein Netzwerk? Gibt es einen gemeinsamen …

Klöckner: Ich würde auch AfD-Frauen verteidigen, wenn es Anlass dazu gäbe. Mir sind der Absender und der Empfänger einer Botschaft egal, es kommt auf die Botschaft an. Die Regeln, die Rechte, die Pflichten gelten für alle. Und wir haben unter den 630 Abgeordneten nur 205 Frauen und diese 205 Frauen, fraktionsübergreifend, habe ich eingeladen zu einem Treffen. Es kamen sehr viele und aus allen Fraktionen. Und da haben wir uns sehr offen darüber unterhalten, wie Frauen ihre Berufe und Berufungen als Politikerinnen, als Abgeordnete, die in der Öffentlichkeit stehen, wahrnehmen. Und da deckt sich vieles auch mit dem, was einen beschwert zum Beispiel. Und das hat überhaupt keine Fraktionsfarbe, so etwas und es hat schon was damit zu tun, ob man als Frau durchs Leben geht und dadurch auch Angriffen ausgesetzt ist. Ein weiterer Punkt ist, da kommen auch Männer, aber meistens Frauen … das Thema Baby und Mandate habe ich zu einem Schwerpunktthema auch intern gemacht. Wenn wir wollen, dass Frauen, gerade die, die Säuglinge haben, nicht deshalb ihre Aufgabe vernachlässigen müssen, wenn sie wollen und das heißt als Abgeordnete tätig zu sein. Es gibt bei uns ja keine Elternzeit und deshalb unterstütze ich diese jungen Frauen auch, dass sie den Säugling zum Beispiel mit ins Plenum auch nehmen können. Aus einem Raucherzimmer habe ich jetzt ein Stillzimmer gemacht. Wir haben die Möglichkeit, dass in Sitzungswochen die Kinder dann auch – also die Kleinen – betreut werden können in der Bundestags-Kita, wenn Plätze frei sind. Und wir haben auch andere Abstimmungsrhythmen jetzt, um darauf Rücksicht zu nehmen.

Hamberger: Das gehört ja alles auch zu den Rahmenbedingungen, die Sie vorhin genannt haben. Bräuchte es noch mal an anderer Stelle eine gezielte Förderung von Frauen? Es wird ja gerade zum Beispiel über ein neues Wahlrecht gesprochen. Da ist auch die Frage der Parität eine. Die ist gerade der SPD sehr wichtig. Was ist denn Ihr Gefühl? Glauben Sie, da bräuchte es irgendetwas, um Frauen über solche Instrumente doch noch mal stärker in die Parlamente zu bringen?

Klöckner: Na ja, wir müssen auch achtgeben, Frauen sind keine Opfer. Und Frauen sind auch keine Handtaschen, die man irgendwo hinsetzt oder hinstellt. So, paritätische Listen hat es schon ganz viele gegeben, auch bei uns in der CDU. Aber

dennoch hat der Bürger eine freie Wahl. Wir haben die Erst- und die Zweitstimme. Und sie können noch so viele paritätisch aufgestellte Listen präsentieren, wenn Bürgerinnen und Bürger aber ihre Erst- und Zweitstimme so abgeben, wie sie sie abgeben, ist nicht automatisch gegeben, dass eine paritätische Liste genauso paritätisch dann im Bundestag ankommt. Das heißt, wenn die Listenplätze nicht ziehen und die Leute, die Kolleginnen und Kollegen direkt in den Wahlkreisen gewählt werden, dann ziehen eben Männer an der paritätischen Liste vorbei. Dann hilft das eben auch nichts. Und im Übrigen ist die Parität zum Beispiel in Rheinland-Pfalz auf den Listen als verfassungswidrig von einem unabhängigen Gericht erklärt worden. Also, Wunsch ist nicht automatisch nur mit der Brechstange umzusetzen. Und wichtig ist, dass Frauen, wenn sie wollen und können, auch können und dürfen. Das ist wichtig. Aber es gibt auch Frauen, die wollen nicht und man muss auch nicht wollen müssen. Und jetzt ist die Frage, warum wollen Frauen zum Beispiel nicht. Und da erlebe ich leider ein Rollback bei jüngeren Frauen. Ich fördere sehr viele Frauen bei mir selbst im Wahlkreis. Wir haben eine Landrätin. Wir haben eine Vorsitzende. Wir hatten Abgeordnete. Also wirklich … das geht schon, wenn man das systematisch macht. Aber sie müssen auch Frauen treffen, die auch wollen und sich was trauen. Und diesen Rollback, den ich gerade beschrieben habe, den merken wir dann dabei, dass immer weniger Frauen auch bereit sind, erst mal einen langen Weg zu gehen, das heißt auch zu unterliegen. Ganz viele sagen mir: Na ja, wenn ich kandidiere, gewinne ich dann auch? Nur, ich kann … dann ist es keine Wahl, wenn ich das wüsste, ob jemand gewinnt. Aber ich sage: Macht euch sichtbar. Wenn die Tür auf ist, dann geht durch, fragt nicht, ob ihr jetzt schon alles könnt oder nicht und fragt nicht, ob der Zeitpunkt stimmt, sondern dann springt auch. Das machen Männer eher als Frauen. Und da will ich Frauen ermutigen. Und wir brauchen schlichtweg, ja, eine Art Mentoring, Patenschaftsprogramm, das sich länger auch durchzieht. Es gibt ganz viele Programme, auch bei der Frauen Union, auch bei jungen Frauen, auch außerhalb der Parteien gibt es das. Aber dann kommt immer so ein Punkt, wo Frauen dann zurückschrecken. Und da sage ich, wir brauchen auch eine stärkere Resilienz bei Frauen, sich das auch anzutun. Und selbst, wenn man unterliegt, man hat sich erst mal bekannt gemacht und nimmt dann noch mal Anlauf. Und immer wieder aufstehen, das ist wichtig.

Hamberger: Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk mit der Bundestagspräsidentin Julia Klöckner. Frau Klöckner, lassen Sie uns mal auf das Thema Sicherheit im Bundestag schauen. Am vergangenen Sonntag hat ein Mann die Flagge der Einheit vor dem Bundestag abgehängt und dafür eine Palästina-Flagge, auch, um auf die Situation der Palästinenser aufmerksam zu machen. Und man fragt sich schon: Wie kann das denn passieren auf so einem prominenten Platz direkt vor dem Bundestag?

Klöckner: Der hat das nicht nur abgehängt, das war eine Straftat. Das, um es vielleicht einzuordnen. Es sind nicht die klassischen Flaggenmasten, die wir am Bundestag haben oder auf dem Bundestag haben, sondern vor dem Bundestag ist es ein Denkmal. Das ist das Einheitsdenkmal. Das ist die Einheitsflagge. Da weht nie eine andere Fahne. Und die gedenkt dem Schicksal von uns Deutschen, dem geteilten Deutschland, dem wiedervereinigten Deutschland. Und das ist ein Staatssymbol, also hier spielt das Strafrecht eine Rolle. Und das heißt, dass diese Person, die die Fahne heruntergerissen und dafür eine andere Fahne gehisst hat, eine Straftat begangen hat. Und deshalb lege ich auch Wert darauf, dass ich Schadensersatz fordere, weil das alles zerstört worden ist. Und der zweite Punkt: Ich erwarte auch, dass das nicht nur als PR-Aktion nachher ohne Konsequenz und mit Gleichgültigkeit dann dahinplätschert. Denn demonstrieren darf bei uns in Deutschland nahezu jeder und zu jedem Thema. Es wird debattiert im Deutschen Bundestag. Also wenn jemand protestieren will, muss er nicht respektlos auf unseren Staatsymbolen mit Füßen herumtreten. Das ist das erste. Das zweite ist, es hat nichts damit zu tun, dass meine Bundestagspolizei darauf Zugriff gehabt hätte. Denn unsere Bundestagspolizei und mein Zugriffsraum ist innerhalb des Deutschen Bundestages, die Liegenschaften außerhalb der Treppe, das heißt des Deutschen Bundestages, gehören dann zum Land Berlin. Das Ganze unterliegt eben den Bestimmungen des Denkmalschutzes des Landes Berlin. Und jetzt können sie auch nicht 24 Stunden, sieben Tage die Woche jemanden davor stellen. Und das ist immer die Balance zwischen einem offenen Parlament, dass Bürgerinnen und Bürger sehr nah herankommen können und dann, dass es einige wenige gibt, die genau das missbrauchen. Und das wird zur Folge haben, dass es Änderungen geben wird. Und insofern, für mich ist es jetzt auch wichtig, ich habe deshalb auch die Innensenatorin Berlins zusammen mit der Polizeichefin Berlins zu einem Gespräch gebeten.

Hamberger: Und dieses Gespräch beinhaltet dann, dass Sie fordern, dass mehr der Berliner Landespolizei vor Ort ist?

Klöckner: Na, das ist ja die Frage, wie wir das Lösen. Zum einen lege ich Wert darauf – und bin auch froh, dass wir das, wie es aussieht, dieses Jahr noch hinbekommen in der ersten Lesung –, dass es ein Bundestagspolizeigesetz gibt. Das ist eine der Grundlagen, die ich benötige als Bundestagspräsidentin, damit meine Bundestagspolizei – meine in Anführungsstrichen – auch Streife laufen kann im Umfeld des Bundestages, des Reichstagsgebäudes und auch eingreifen und regulieren kann. Das ist das eine. Denn unsere Bundestagspolizei musste erst mal die Berliner informieren und die Feuerwehr etc. Der zweite Punkt ist, das hätte man damals gar nicht gedacht, 1989, dass man einen Übersteigschutz für ein solches Denkmal braucht. Zeigt auch, wie sich was entwickelt hat, dass der Respekt vor den eigenen Symbolen

daniederliegt bei einigen und das auch noch beklatscht wird, auch im Internet. Und das ist schier unerträglich, dass diese Person sich rühmt und dann noch irgendwelche TikTok-Videos und Instagram-Videos danach macht. Und insofern muss das auch Folgen haben.

Hamberger: Vielleicht muss man das auch noch mal erklären. Es gibt aus historischen Gründen eine eigene Bundestagspolizei, also die Landespolizei kann nicht in den Bundestag rein und dort agieren.

Klöckner: Genau so ist es.

Hamberger: Das, glaube ich, müssen wir noch mal klarstellen.

Klöckner: Genau so ist es. Die Bundestagspolizei hat nur die Rechte im Bundestag selbst. Und ich habe seit Beginn meiner Amtszeit das Thema Sicherheit des Bundestages und damit pars pro toto, also stellvertretend auch unserer Demokratie und der demokratischen Abläufe diese sicherzustellen. Das habe ich schon von Anfang an meiner Amtszeit nach vorne getrieben, dieses Thema und deshalb auch das Bundestagspolizeigesetz. Ich habe acht Hausausweise zum Beispiel abgenommen, weil wir eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung bei Mitarbeiterinnen und Miterbeitern von Abgeordneten … das heißt, Bedrohungen kommen nicht nur von außen, sondern auch von innen. Und das Thema Drohnen spielt auch eine Rolle. Das heißt, wir werden auch … auch das muss die Bundestagspolizei tun können. Deshalb diese Zuständigkeitsfragen. Wir müssen auch Drohnenangriffe, Drohnen detektieren können, Drohnen eliminieren können. Deshalb bin ich auch mit dem Bundesinnenminister diese Woche bei dem neu geschaffenen Gemeinsamen Drohnenabwehrzentrum gewesen.

Hamberger: Rund um diesen Flaggenvorfall gab es jetzt unabhängig von diesen Fragen auch die Forderungen nach einer sogenannten Bannmeile, die es in Berlin ja nicht mehr gibt, die es in Bonn mal gab. Auch Sie haben gemeint, man müsse darüber reden. Wollen Sie Ihre Kritiker fernhalten von diesem Parlament?

Klöckner: Ja, das wäre ja jetzt zu schlicht. Also, ich meine, eines sind wir nicht: abgeschottet. Es gibt kein Parlament auf dieser Welt, keines, dass mehr Besucherinnen und Besucher hat als dieser Deutsche Bundestag. Also wir sind ein so offenes Parlament, ein so transparentes Parlament. Aber das führt dann auch zu der Frage, die Sie mir auch gestellt haben. Wie kann das denn sein, dass dann jemand an so einen Fahnenmast kommt und hochklettert? Ja, das ist die andere Seite der Medaille. Und insofern geht es darum, dass man eine gute Balance findet. Ich kenne kein Parlament, wo sie bis zur Tür ganz vorne hinkommen können, alle ihre privaten TikTok-Videos drehen können, jedem direkt ein Mikrofon, eine Kamera vor das Gesicht halten können. Nur mal ein Beispiel. Ich hatte jetzt den Empfang meiner Amtskollegin

aus Frankreich organisiert. Sie kam hierher zu unserer Versammlung, deutsch-französischen Parlamentarier-Versammlung, die Präsidentin der Assemblée nationale. Sie ist mit einer Polizeieskorte … diese Polizeieskorte gibt es durch die Stadt Berlin, damit sie sicher durchkommt und auch ankommt. Und diese Sicherheit und Würde, die sollte aber nicht an der Tür des Parlamentes enden hier in Deutschland. Denn da kommt die Polizeieskorte mit Motorrädern und allem und plötzlich stehen Besucher davor und bremsen eine solche Eskorte aus und laufen zwischen den Autos hin und her. Wir sollen für den Schutz der Gäste sorgen und es gibt noch nicht mal für diese paar Minuten die Chance, dass wir ein paar Meter haben, an diesem Reichstag, dass nicht jeder, der will, einfach dazwischen durchlaufen kann. Das gibt es bei keinem anderen Parlament dieser Welt. Das Thema Demonstrationsrecht ist so wichtig und das wird auch sehr intensiv ausgeübt. Aber das hat dazu geführt hier im Deutschen Bundestag, dass Abgeordnete nicht rechtzeitig zur Debatte gekommen sind, dass Autos nicht auf dem Ebert-Platz davon parken konnten und die Minister aussteigen konnten, weil so demonstriert worden ist, dass keiner mehr durchkam. Das kann nicht Sinn und Zweck sein der Demonstrationsfreiheit oder der Ausübung unseres Berufes, der sich dann natürlich Demonstrationen stellt. Aber sie müssen auch gewährleisten, dass ein Abgeordneter in sein Parlament kommt.

Hamberger: Und wie stellen Sie sich das dann vor, so eine Bannmeile? Wie soll das aussehen in dem Fall?

Klöckner: Na ja, also es gab ja schon Bannmeilen. Die gibt es übrigens auch in anderen Ländern. Der Hessische Landtag hat eine Bannmeile. Also ich habe jetzt zumindest wahrgenommen, dass aus den Fraktionen diese Debatte auch angestoßen wird. Und es geht ja letztlich darum, dass dieses Parlament funktioniert. Und wir sind das meistbesuchte, das offenste Parlament. Sie können sich gar nicht vorstellen, welche absurdesten TikTok-Videos von irgendwelchen Leuten da gedreht werden, Musikvideos – ich bin froh, wenn sie überhaupt noch was anhaben – und nur noch unseren Reichstag als Kulisse nutzen direkt an der Tür. Also, wenn wir über die Würde des Hauses, des Hohen Hauses sprechen von innen, dann müssen wir auch im Umfeld das gewährleisten können.

Hamberger: Ich würde noch mal kurz über im Inneren des Hauses sprechen, weil Sie die Hausausweise angesprochen haben und eben auch schon gesagt haben, dass sie mehreren Mitarbeitern in dem Fall – Sie werden das jetzt nicht bestätigen, aber das ist ja mittlerweile auch bekannt – der AfD verweigert worden sind. Sie haben auch von einer Verschärfung der Regelungen gesprochen. Was muss sich denn aus Ihrer Sicht da ändern noch zusätzlich?

Klöckner: Es ist gerade eine sehr absurde Situation, die man den Bürgerinnen und Bürgern auch gar nicht erklären kann. Wir haben keinen automatischen Informationsaustausch, weil die gesetzliche Grundlage dafür fehlt, mit unseren Nachrichtendiensten zum Beispiel. Also wir bekommen nicht automatisch gemeldet, wenn ein sogenannter Gefährder sich jetzt beim Deutschen Bundestag anmeldet. Wir überprüfen jeden, der reingeht in den Bundestag, aber wir bekommen nicht automatisch nachrichtendienstliche Informationen. Und die brauchen wir natürlich, auch bei der erweiterten Sicherheitsüberprüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Denn die erhalten ja einen sogenannten Hausausweis. Und mit dem Hausausweis können sie sich überall hinbewegen. Und dass es Mitarbeiter gibt, die mit russischen Agenten eine GmbH gegründet haben und mit denen durchs Haus laufen, das will ich nicht, ganz klar, um unsere Demokratie zu schützen, um unsere Infrastruktur zu schützen. Und insofern ist dieses Bundestagspolizeigesetz mit den verschiedenen Facetten ein ganz, ganz wichtiger Punkt.

Hamberger: Es ist ja schon ein weitgehender Informationsaustausch, wenn Sie sagen, auch mit den Nachrichtendiensten.Ist es nicht auch ein Stück weit problematisch, weil es ja schon einen Unterschied gibt zwischen der Einschätzung des Verfassungsschutzes, der dem Innenministerium nachgeordnet ist, und zum Beispiel einem Urteil eines unabhängigen Gerichtes, das ja im Moment schon eine Rolle spielt, also ein Führungszeugnis, eine Straftat, die schon begangen worden ist.

Klöckner: Na ja, wenn jemand ganz klar ankündigt, er will unsere Demokratie bekämpfen, er will die Infrastruktur lahmlegen und er will ein anderes Land haben und diese Person soll Mitarbeiter des Deutschen Bundestages werden, um dann Zugang zum Intranet und zu allen möglichen Türen zu haben, also Demokratie ist offen, aber nicht naiv. Also ich glaube, ich müsste mir was anderes vorwerfen lassen, wenn ich in diesen Zeiten, wo wir merken, dass die hybride Bedrohung so dermaßen zugenommen hat und dass die demokratischen Prozesse, die Abläufe gestört werden, dass das aussieht, als hätten wir … oder dass die Gefahr bestünde, wir hätten einen Kontrollverlust, das will und muss ich verhindern im Sinne der Demokratie, im Sinne der Offenheit, im Sinne im Übrigen auch des Datenschutzes. Aber ich muss nicht die, die unsere Demokratie zerstören wollen oder die ihr drohen, denen muss ich mich ja nicht hilflos ausgeliefert sehen. Im Übrigen sehen das auch unsere Bürgerinnen und Bürger so. Und ich gehe noch einen Schritt weiter. Diejenigen, die die erweitere Sicherheitsüberprüfung nicht bestanden haben, weil sie nicht konform mit unseren Gesetzen und unserer Verfassung zu sein scheinen, dass die aber noch weiterhin bezahlt werden können mit Steuergeldern, das halte ich für absolut abstrus und das ist auch ein gesunder Menschenverstand. Und dafür brauchen wir auch eine gesetzliche Regelung.

Hamberger: Einen Punkt würde ich mit Ihnen gern noch ansprechen. In dieser Woche ist die Leipziger Autoritarismus-Studie veröffentlicht worden und ein Punkt darin ist, dass die Zustimmung zur Demokratie gesunken ist, und zwar das erste Mal unter 90 Prozent, was vor allem damit zu tun hat, dass im Osten dieses Landes die Zustimmung in den vergangenen zwei Jahren stark zurückgegangen ist um fast 10 Prozentpunkte. Wie erklären Sie sich das?

Klöckner: Also es gibt sehr viele persönliche Umstände, die auch dazu führen. Dann gibt es häufig so den Wunsch, Mensch, Demokratie ist nicht das Schnellste, nicht das Effektivste, es müsste mal jemand da sein, der führt, der sagt, wo es langgeht. Und dann glauben aber ganz viele ja, dass diese Person, die dann mal führt und sagt, wo es langgeht, ganz schnell und ganz klar und Widerstände wegflaniert, dass diese Person im eigenen Sinne handeln würde. Und da frage ich immer: Ja, und was ist, wenn diese Person genau gegen deine Interessen führt und durch flaniert? Dann hätte man dann doch gerne wieder auch demokratische Mechanismen mit Minderheitsschutz etc. Also, es ist wahrscheinlich eine hohe Unsicherheitslage in dem Land auch. Wir merken es aber auch, was im Internet los ist und wir haben manchmal auch eine Sogenannte, ich nenne es jetzt mal salopp, Jammerfolklore. Wir müssen uns auch noch mal sagen, wo sind wir denn, in welchem Land leben wir denn, wo würden wir lieber leben wollen, wenn nicht hier, wenn wir krank werden und der Geldbeutel schmal ist. Deutschland ist unter Druck, aber wir können das doch gemeinsam hinbekommen, wenn jeder an seiner Stelle zupackt. Und wir haben es uns auch angewöhnt, nach dem Staat zu schauen, dass der Staat, die Politik alles machen muss. Und dieses Erwartungsmanagement kann nur scheitern. Politik und Staat und Regierung können nicht alles regeln. Und ich glaube, da müssen wir wieder anders miteinander ins Gespräch kommen. Ich mache das bei mir in meinem Wahlkreis. Ich mache regelmäßig Bürgersprechstunden direkt auf dem Marktplatz, dass die Hürde auch nicht so hoch ist für die Leute. Und ich merke bei jedem Gespräch, dass die Leute anders rausgehen als sie reingekommen sind.

Hamberger: Stichwort Erwartungsmanagement. Muss die Politik aber sich nicht selber auch an die eigene Nase fassen, wenn wir jetzt nur das gerade aktuelle Beispiel in dieser Woche nehmen, die Senkung der Stromsteuer. Es wurde mehrfach versprochen. Dann wurde es nach einer CDU-Präsidiumssitzung noch einmal versprochen mit dem Claim drüber, was jetzt passieren muss. Und jetzt sieht es wieder so aus, als wäre dafür eben kein Geld da, was vorhersehbar war. Also kann man so was nicht vermeiden, um auch einen Politikverdruss wiederum zu vermeiden?

Klöckner: Na ja, die Politik ist ja nicht homogen. Das ist ja kein Einheitsgedankenblock. Und im Übrigen, die Bürger und die Erwartungen sind auch nicht homogen und ein Erwartungsblock. Wenn sie alleinerziehende Mutter zum Beispiel sind und

sind teilzeitbeschäftigt, haben sie ganz andere Erwartungen an die Politik und wünschen sich, dass die Politik ihnen Entsprechendes verspricht. Wenn sie ins Rentenalter eintreten, sagen wir mal, sie sind um die 60 und wollen mit 63 in Rente gehen, haben sie ganz klare Erwartungen an die Politik, wie das Thema Rente mit 63 aussehen soll. Und sind sie ein junger Mensch, der mal kurz hochrechnet, war er nachher in seiner Rente überhaupt noch bekommt, ja, der hat eine ganz klare andere Erwartung an eine Rentenreform, was eine ältere Generation noch leisten soll, um die jüngere Generation nicht zu überfordern. Ich glaube, da müssen wir uns mal in beide Seiten auch ehrlich machen. Erstens was Journalisten bedienen … also, es gibt auch nicht die Journalisten, ist mir klar. Aber dass die Bevölkerung sich ganz schnell einig ist, was sie ablehnt, die Politiker, aber wenn es dann konkret wird, das merkt man ja am eigenen Küchentisch zu Hause, wenn man verschiedene Generationen beieinanderhat, da ist es ja genauso bunt – nenne ich es jetzt mal positiv. Und dann muss man irgendwie zusammenkommen. Und für mich ist eines ganz wichtig. Es geht ja auch nicht immer nur ums Erklären, als würden es die Leute nicht verstehen. Die sind ja nicht blöd. Die kriegen das schon mit. Aber wir müssen, glaube ich, auch Bevölkerung etwas zumuten, zumuten, wie die Lage ist.

Hamberger: Dann sind wir am Ende unseres Gespräches, Frau Klöckner, ich danke Ihnen ganz herzlich.

Klöckner: Ich danke Ihnen.